

FPI droht mit Anschlägen

Die Front zur Verteidigung des Islam (FPI) in Westjava hat gedroht, hunderte »zweilichtige« warungs anzugreifen, die als Stätten für Prostitution gelten. Asep Hamdani, der Vorsitzende der FPI des Bezirkes Purwakarta, sagte am 13. Februar 2006, dass die FPI die warungs umgehend attackieren werde, falls die Provinzregierung und die Polizei nicht umgehend gegen die Prostitution vorgehen. Asep meinte, die FPI habe sich bereits zweimal an die Regentin Lily Hambali Hasan und an Sicherheitskräfte in Purwakarta gewandt, sie hätte jedoch keine Zusicherung erhalten, wann die warungs geschlossen würden. »Sie haben nur Versprechungen gemacht«, so Asep. Die Pläne für den Angriff in Purwakarta werden von der FPI in Bandung und Jakarta koordiniert. »Unsere Drohung ist ernst«, so Asep.

Asep verdächtigt die Provinzregierung und die Sicherheitskräfte, Schutzgelder von den Zuhältern zu erhalten und deshalb nicht ernsthaft gegen die Prostitution vorzugehen. »Diese Information haben wir direkt von den warung-Besitzern und den Bewohnern der Umgebung bekommen«, erklärte Asep.

Dieser Verdacht werde auch durch die Tatsache erhärtet, dass Bunyamin Dudih, ehemaliger Regent der Region, zwei Häuser der Prostitution vor einigen Jahren habe zerstören lassen. »Nun schießen sie wieder wie Pilze aus dem Boden, und nichts wird dagegen unternommen«, sagte Asep. Der Leiter der pesantren Al-Islam ist ebenfalls der Auffassung, dass die genannten Lokationen wieder zerstört werden sollten: »Die Zustände beschmutzen Purwakarta, das als streng islamisch gilt.«

Lily Hambali Hasan, die Regentin von Purwakarta, bat die FPI in Purwakarta darum, nicht direkt Hilfe von der FPI Bandung und Jakarta anzufordern. »Es wäre besser, die Angelegenheit mit uns, der Provinzregierung, zu regeln,« so Lily. Falls Leute von außerhalb hinzugezogen würden, so die Regentin weiter, erwecke dies den Eindruck, als ob die Menschen in Purwakarta ihre Angelegenheiten nicht selbst regeln könnten. »Wo bleibt dann unsere Selbstachtung«, sagte sie. Sie erinnerte die FPI zudem daran, dass sie noch nicht überprüft habe, ob alle warungs tatsächlich für die Prostitution genutzt würden. »Es gibt einige darunter, die sauber sind«, erklärte sie.

Dennoch gab Lily zu, in Abstimmung mit der Polizei und dem Assistenten für öffentliche Verwaltung Eeng Rafei bereits Schritte eingeleitet zu haben, damit die »Säuberung« unmittelbar stattfinden könne. Eeng fürchtet, dass ein Eingreifen der FPI kontraproduktiv ist und will das Problem schnellstmöglichst selbst regeln.

vgl. Tempointeraktif.com, 13.2.06

Drogenschmugglerin verurteilt

Ein indonesischer Gerichtshof hat am 12. Februar 2006 eine australische Drogenschmugglerin zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Dies ist das erste Urteil im so genannten Bali Nine Gerichtsverfahren. Richter Putu Wignya erklärte am balinesischen Bezirksgerichtshof Denpasar, die 28-jährige Renae Lawrence sei schuldig, erstklassige Narkotika exportiert zu haben, und verurteilte sie zu 20 Jahren Haft.. Ein anderer Richter des Drei-Mann-Gremiums sagte, es gebe keinen Beweis für die Aussage der Angeklagten, dass sie gezwungen worden sei, die Drogen zu tragen und man ihr gedroht habe, andernfalls ihre Familienmitglieder zu töten.

In ihrer Verteidigungsrede hatte Lawrence zu Protokoll gegeben, dass sie gezwungen worden war, den Forderungen der Führer des Rings nachzukommen, weil man ihr gedroht hatte, andernfalls ihre Familie zu töten. Lawrence war im April letzten Jahres zusammen mit vier anderen Australiern auf Balis Flughafen Ngurah Rai mit 2,7 Kilogramm Heroin, die an ihrem Körper befestigt waren, in Haft genommen worden. Vier andere Gangmitglieder waren am selben Tag in einem nahegelegenen Hotel inhaftiert worden.

Insgesamt ist gegen neun Australier Anklage erhoben worden. Sie werden beschuldigt, den Versuch unternommen zu haben, insgesamt mehr als elf Kilogramm Heroin nach Australien zu schmuggeln.

vgl. Kompas, 13.2.06, JP, 13.2.06

Dienstmädchen bekommen in Malaysia keine Zulagen

Malaysia hat den Vorschlag abgelehnt, indonesische Dienstmädchen gemäß lokaler Arbeitsgesetze zu schützen, die eine Regelung des Jahresurlaubs und der Überstunden vorsehen. Innenminister Azmi Khalid sagte, die Forderung der indonesischen Regierung sei kontraproduktiv. Die Gewährung von Vergünstigungen würde lediglich dazu beitragen, dass sich die Kosten für indonesische Helfer erhöhen. Wenn Arbeitgeber bereit seien, mehr für ihre Dienstmädchen zu bezahlen, würden sie sicherlich Helfer aus den Philippinen oder Sri Lanka anfordern, die oftmals erfahrener seien und besseres Englisch sprächen. Zudem, so Khalid, seien lokale Dienstmädchen ebenfalls nicht durch die Arbeitsgesetze abgedeckt, so dass es im Falle zusätzlicher Vergünstigungen für indonesische Dienstmädchen sogar ökonomischer sei, malaiische Helfer statt indonesischer einzustellen, so der Innenminister. Er erklärte, dass die meisten indonesischen Dienstmädchen trotz einzelner Fälle von Misshandlung gut behandelt würden. Laut eines Berichts sind 300.000 indonesische Dienstmädchen in Malaysia angestellt. Den Frauen wird durchschnittlich ein Einkommen von 105 US-Dollar im Monat gezahlt. Malaysia gilt als ein Magnet für Arbeitskräfte aus den ärmeren Nachbarländern wie Indonesien, die insbesondere im Haushalt eingesetzt werden.

vgl. Jakarta Post, 13.2.06

Mitspracherecht acehnesischer Führer

Die Regierung hat versprochen, der Forderung acehnesischer Führer nach einem größeren Mitspracherecht in einem zukünftigen Gesetz nachzukommen, das regeln wird, wie Aceh regiert werden soll. Justizminister Hamid Awaluddin sagte am 11.2.2006 während seines Aceh-Besuches, die Regierung und das Parlament würden zentrale Themen, welche die Acehnesen in ihrem Gesetzesentwurf vorgeschlagen hatten, überarbeiten. Das Gesetz wurde vom Parlament diskutiert und die fehlenden zentralen Themen, welche die Acehnesen angesprochen hätten, würden erneut zur Diskussion gestellt, so der Minister. Die Aussparung wesentlicher Themen im Gesetz hatte wütende Reaktionen bei acehnesischen Führern hervorgerufen. Sie starteten aggressive Kampagnen, organisierten Seminare und hielten Straßendemonstrationen in Jakarta ab, um ihrer Stimme Gehör zu verleihen. Der Gesetzgebende Rat Aceh und die Bewegung Freies Aceh (GAM) hatten ihre eigenen Konzepte für das Gesetz mit der Absicht entworfen, dass sie in den Entwurf der Zentralregierung übernommen werden sollten. Führende Persönlichkeiten Acehs werfen der Zentralregierung nunmehr vor, das Gesetz lediglich ihren Interessen gemäß gestaltet zu haben. Es würden jedoch Themen außer acht gelassen, die für die acehnische Bevölkerung von größter Bedeutung seien. Dies sei ein Verstoß gegen das Friedensabkommen von Helsinki, dem beide Seiten zugestimmt hätten.

Wichtige Paragraphen, die der Gesetzgebende Rat Aceh entworfen hatte und die jetzt im Gesetz »fehlen«, sind diejenigen zu unabhängiger Kandidatur für lokale Wahlen und zum Management natürlicher

Ressourcen. Zudem wurde der Paragraph kritisiert, der die Etablierung, Verschmelzung und Abschaffung neuer Regionen, Regentschaften, Distrikte etc. in der Provinz billigt. Das Thema Verteidigung stieß ebenfalls auf Kritik seitens führender acehnesischer Persönlichkeiten, die zu der nunmehr aufgelösten gesetzgebenden Kommission Acehs gehörten. Sie hinterfragten, warum der letzte Entwurf militärische Aktivitäten in Aceh nicht einschränke.

»Das MOU (Memorandum of Understanding) hat besagt, dass das Militär die externe Verteidigung zu regeln habe, aber der letzte Entwurf hat dem Militär eine stärkere Rolle zugebilligt, indem er ihm erlaubt, im Falle lokaler Unruhen und interner Sicherheitsrisiken einzugreifen«, so der acehnische Wissenschaftler Mawardi Ismail. Mawardi ist ein ehemaliges Mitglied der gesetzgebenden Kommission, die den ersten Gesetzestext entworfen hatte. Als Antwort auf die Kritik an der Rolle des Militärs in Aceh sagte Indriartono Sutarto, Chef der indonesischen Armee TNI, er werde sich an die nationalen Gesetze halten, inklusive der Gesetze zu Verteidigung und Militär, die der TNI die Verantwortung für die Regelung möglicher »Aufstände« übertragen hatten.

»Nehmen Sie nicht an, dass der Traum des acehnischen Volkes, seine Ziele im künftigen Gesetz wieder zu finden, nun vernichtet ist, weil das Parlament seine Vorschläge nicht beachtet hat«, so der Justizminister. Zudem verteidigte er den Ausschluss der unabhängigen Kandidatur vom letzten Entwurf, indem er sagte, im Friedensabkommen von Helsinki sei keine Rede von solch einem Thema.

vgl. Jakarta Post, 13.2.06